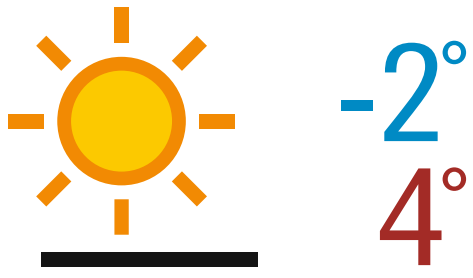
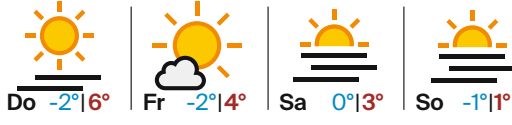


## Wetter



Abgesehen von Nebelfeldern scheint meistens die Sonne, mit maximal 4 Grad bleibt es kühl.



Alles Weitere zum Wetter lesen Sie auf **Seite 18**.



Postkonto: 60-33377-5

Spenderlisten erscheinen jeweils am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Oder auf [www.luzernerzeitung.ch/weihnachtsaktion](http://www.luzernerzeitung.ch/weihnachtsaktion)

## Gesagt

«Die Entwicklungshilfe stark zu kürzen, ist ein migrationspolitisches Eigentor.»



Der Solothurner SP-Nationalrat **Philipp Hadorn** mahnte gestern im Rat vor einem Kahlschlag bei der Entwicklungshilfe. Der Nationalrat verzichtete schliesslich mit 94 zu 89 Stimmen auf weitergehende Kürzungen in diesem Bereich. 4

## Kopf des Tages

# Der Zuwanderungschef der FDP

**Wortführer** Seit April ist Philipp Müller nur noch Ständerat. Beim Thema Migration hält der Aargauer die Fäden in seiner Partei aber weiterhin in der Hand.

Geht es in der Schweiz um das Thema Zuwanderung, führt kein Weg an **Philipp Müller** vorbei. Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat er sich immer wieder zu möglichen Umsetzungsvarianten geäussert, vorzugsweise in der Sonntagspresse. Im Mittelpunkt steht der FDP-Ständerat auch heute Mittwoch, wenn die Kleine Kammer über die Zuwanderungsfrage debattiert. Müller will die vom Nationalrat vorgeschlagene Stellenmeldepflicht ausbauen: In Berufsgruppen mit hoher Arbeitslosigkeit sollen Firmen inländische Stellensuchende zu einem Gespräch einladen und Nichtanstellungen begründen müssen. Das Modell orientiert sich an der Praxis des Kantons Genf und wurde im Bundeshaus von mehreren Parlamentariern herumgereicht.



Philipp Müller.  
Bild: Gaetan Bally/Key

Nach der Beratung in der Ständeratskommission trägt das Konzept aber wie selbstverständlich den Namen «Müller», der Aargauer hat sich zum Wortführer der Kommissionsmehrheit aufgeschwungen.

**Der 64-Jährige sei der unbestrittene Zuwanderungsfachmann in der Partei, sagt FDP-Fraktionschef Ignazio Cassis.** «Man könnte meinen, die Berichte des Staatssekretariats für Migration seien seine liebste Bettelkürze.» Müller könne sich jede Zahl, jedes Komma einprägen. Beim Dossier Migrationspolitik scheint es, als hätte Müller das Amt des Parteipräsidenten nie abgegeben. Nachfolgerin Petra Gösli bleibt im Hintergrund. «Die Parteipräsidentin muss nicht in jedem Sachgeschäft den Lead haben», sagt FDP-Nationalrat Kurt Fluri.

**Die Migration stand auch am Anfang von Philipp Müllers Aufstieg zu einem schweizweit bekannten Politiker.**

Noch bevor er ein politisches Amt innehatte, lancierte Müller Mitte der 1990er-Jahre eine radikale Volksinitiative: Der Ausländeranteil in der Schweiz dürfe höchstens 18 Prozent betragen, so die Forderung, die beim Volk keine Gnade fand. Fortan galt Müller in Ausländerfragen als Hardliner. Nicht wenige in der Partei rümpften deshalb die Nase, als Müller 2012 ihr Präsident wurde. Vier Jahre später wollten sie ihn kaum mehr gehen lassen. Mit seiner bodenständigen Sprache mobilisierte der gelernte Gipser die Basis, bei den Wahlen 2015 legte die FDP erstmals seit 36 Jahren wieder zu. Das Produkt gestaltet hätten vor allem Müllers Vorgänger Fulvio Pelli und Ex-Fraktionschefin Gabi Huber, sagt Cassis. «Müller war dann der Profiverkäufer.» Er wolle sich nun wieder vermehrt um Dossiers kümmern, sagte Müller nach der Stabübergabe an Petra Gösli. Er meinte damit vor allem ein Dossier: die Zuwanderung.

Tobias Bär

## Tribüne

## Zukunftsfähige Medienförderung

**Die Revolution der Informationstechnologie trifft die Medien wie kaum eine andere Branche.** Ist also die bisherige Medienförderung noch adäquat? Die gebührenfinanzierte Medienförderung von jährlich 1400 Millionen Franken vergibt 1235 Millionen an die SRG. Während diese ihre komfortable Situation bewahren will, verlangt eine Volksinitiative die Abschaffung der Gebühren. Wir hingegen schlagen eine an Innovation und Leistung orientierte Förderung vor.

**Im analogen Zeitalter war die finanzielle Förderung eines einzelnen Anbieters, der SRG,** aufgrund hoher Produktions- und Verbreitungskosten notwendig. Nur so konnte überhaupt ein Angebot entstehen. Mittlerweile aber sind die Kosten für Produktion und Verbreitung audiovisueller Inhalte dank der digitalen Revolution stark gesunken, und im Internet bieten die privaten Printmedien und die audiovisuellen Medien inhaltlich ähnliche Produkte an. Damit stehen die privaten Anbieter in direkter Konkurrenz zur SRG, haben aber ungleich lange Spiesse: Während die SRG grosszügig mit öffentlichen Geldern alimentiert wird, müssen sich die anderen Medien im Abonnenten- und Werbemarkt selbst finanzieren. Die asymmetrische Förderung der SRG bedroht die Existenz freier Medien und beschleunigt die Medienkon-

zentration. Hinsichtlich dem Verfassungsziel Meinungsvielfalt ist die SRG also nicht mehr die Lösung, sondern zunehmend das Problem.

**Wegen der Wettbewerbsverzerrung zwischen SRG und freien Medien sollte aber die staatliche Medienförderung** nicht unbedenkenlich abgeschafft werden. Vielmehr kann Letztere auch im digitalen Zeitalter notwendig sein. Bekanntlich ist die Informationsleistung der Medien für das Funktionieren der Demokratie von grösster Bedeutung. Die Finanzierung von Informationsformaten in freien Märkten war immer problematisch und wird durch die zunehmende Entkopplung der Medien- und Werbemärkte stetig schwieriger; die Funktion der Medien als «vierte Gewalt» ist gefährdet. Die Medienförderung sollte deshalb die Produktion und wirksame Verbreitung vielfältiger, hochqualitativer Informationen sichern.

**Während aus ökonomischer Sicht auch kulturelle oder bildende Inhalte förderungswürdig sein können,** trifft dies auf Unterhaltungs- und Sportsendungen, für welche die SRG viel Gehührgeld ausgibt, kaum zu. Sie könnten auch im freien Markt angeboten werden. Wie aber können Service-public-Inhalte effektiv produziert und verbreitet werden? Auch hier hilft Markt und Wettbewerb: Medienförderungsgeld soll nicht

mehr direkt an die SRG und einzelne privilegierte Anbieter, sondern wettbewerblich vergeben werden. Die Medienförderung ist dafür stärker an Inhalte zu knüpfen und von der Übertragungstechnologie zu lösen. Alle Medienformen sollten gleichberechtigt um Förderung konkurrieren können. Wir vertreten deshalb viererlei:

— Erstens, die Höhe des Förder Volumens sollte das Parlament in Abwägung der finanziellen Bedürfnisse anderer Staatsaufgaben in einem formellen Gesetz festlegen, das dem fakultativen Referendum untersteht. Dies stellt die demokratische Kontrolle und die Finanzierungsstabilität besser als heute sicher.

— Zweitens, die Förderungswürdigkeit von Medien und Sendungen sollten mehrere unterschiedlich zusammengesetzte Medienkommissionen – z. B. Zuschauer, Experten, Produzenten, Regionen – im Nachhinein durch Vergabe eines «Service Public Content Score» beurteilen. Diese Evaluation sollte nicht von einem einzigen Expertengremium abhängen, damit die Vielfalt der Standpunkte zu Medienleistungen abgebildet und eine einseitige politische Vereinnahmung verhindert wird. Dazu helfen auch spezifische Längen der Amtsperioden und überlappende Wahlperioden.

— Drittens, die nachgelagerte Evaluation von Inhalten ermöglicht statt wie heute Absichts-

erklärungen und Pläne, die tatsächliche Qualität der Inhalte ins Zentrum zu stellen. Besonders innovative Programme werden dann nicht bereits durch einen vorgängig definierten Kriterienkatalog abgewürgt. Die Evaluation gibt den Medienanbietern Anreize, besonders gute und informative Produkte zu entwickeln und nicht einfach Kriterienkataloge abzuarbeiten.

— Viertens, die Subvention für Inhalte sollte auch vom effektiv gemessenen Konsum abhängen, da die positiven Effekte von Information für die Meinungsbildung und die politische Bildung und Partizipation erst dadurch entstehen. So hätten verschiedene Sender Anreize, mit möglichst informativen Inhalten ein möglichst grosses Publikum anzusprechen, also etwa Service public auch in guten Sendezeiten zu bieten.



Mark Schelker  
Professor für öffentliche Finanzen, Universität Freiburg

Mitautoren: Peter Hettich, Professor für öffentliches Wirtschaftsrecht, Universität St. Gallen, und Reiner Eichenberger, Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik, Universität Freiburg.